

Gefangensein im Bestehenden

Der Rechtspopulismus und die merkwürdige Didaktik der Aufklärung¹

Die öffentliche Debatte über West und Ost prägen zwei Narrative: das von der Opferbereitschaft des Westens für den Osten und das von der Übernahme des Ostens durch den Westen. Quer dazu liegen Milieu-Differenzen. In den aufgeklärten Milieus gibt es die Neigung, Demokratie für selbsterklärend, in grundsätzlichen Dingen nicht veränderbar und das deutsche Modell für universal zu halten. Die weniger aufgeklärten Milieus haben mit der AfD eine Chance entdeckt, den etablierten Betrieb wirksam zu ärgern – in West wie Ost. Unzufriedenheiten nicht in positiv gestaltende Energien zu transformieren, sondern regressiv zum Ausdruck zu bringen, ist aber im Osten noch mehr verbreitet als im Westen. Wie begründet sind die Unzufriedenheiten? Sind Ansätze adäquater Reaktionen in Politik und Gesellschaft zu entdecken?

1. Ostdeutschland, der ferne Osten	2
2. Rechtspopulismus: weltweit, europäisch, deutsch	7
3. Die Reaktionen der aufgeklärten Milieus: Gefangensein im Bestehenden.....	9

¹ Nachträgliche und ergänzte Verschriftlichung eines Vortrags auf der Herbsttagung der Fachgruppe Geschichtsmuseen im Deutschen Museumsbund „#1989/90ff. Zeitgeschichte – (k)ein Thema im Museum?“ im Stadtmuseum Halle, 14.–16.11.2019. Mit Dank an die Teilnehmer:innen der lebhaften Diskussion, deren Ergebnisse ich hier z.T. berücksichtigen konnte.

1. Ostdeutschland, der ferne Osten

Dass der Osten anders tickt, ist nicht neu. Er tut es seit 1990 (und davor ohnehin). Die Ostdeutschen wählten schon immer anders als der Westen, vor allem unberechenbarer. Man fand und findet dort Kindergärten wichtig und unproblematisch, glaubt weniger an Gott, badet FKK und bringt es fertig, Konventionalismus und obrigkeitliche Orientierung mit Aufsässigkeit gegenüber staatlicher Autorität zu verbinden. Der Osten weist ein anderes Geburtenverhalten auf, hat ebenso selbstbewusste wie völlig unfeministische Frauen, findet mehrheitlich eine Berufsausbildung immer noch attraktiver als ein Studium, hat im Westen komplett unbekannte Idole wie Erwin Strittmatter oder Achim Menzel und ist zwar weniger antisemitisch, aber fremdenfeindlicher als der Rest der Republik.

Heute ist die nachsichtige Betrachtung all dessen durch Problemwahrnehmungen verdrängt. Diese setzen zunächst bei einem (erstaunlichen) Erstaunen an: Der Westen habe sich doch seit 1990 in einmaliger Weise opferbereit für den Osten gezeigt. Gegenläufig das in Ostdeutschland dominierende Narrativ: Der Osten sei durch den Westen übernommen worden und dadurch politisch, wirtschaftlich und symbolisch marginalisiert. Eine dritte Position kann sich inzwischen kaum noch Gehör verschaffen: „nicht dramatisieren“, so lautet sie und wird begründet mit hohen individuellen Lebenszufriedenheitswerten auch im Osten und dem Tatbestand, dass immerhin drei Viertel derjenigen, die sich an Wahlen beteiligen, demokratisch wählen.

Nun war der Osten Deutschlands politisch bereits seit den 90er Jahren sehr heikel. So wurde einst die DVU in Landesparlamente gewählt, 1998 in Sachsen-Anhalt, 1999 und 2004 Brandenburg (allerdings auch in Bremen 1991, 1999, 2003, 2007, wenn auch durch eine Sonderregelung für Bremerhaven, und in Schleswig-Holstein 1992). 2004 und 2009 beförderte eine hinreichende Zahl an Wähler:innen die NPD in den sächsischen Landtag. Ohne zu behaupten, dass der Westen der Republik eine Zone vollendeter Toleranz gegenüber denjenigen, die landläufig als nichtdeutsch wahrgenommen werden, sei: Im Osten sehen sich Zugewanderte, legt man den (geringen) Ausländeranteil zugrunde, seit den 90er Jahren statistisch viermal stärker der Gefahr ausgesetzt, Opfer eines gewalttätigen Angriffs zu werden.

Dann, in den 2010er Jahren, kam die AfD. Seither überschlagen sich die Erklärungsversuche, als seien die Probleme im Osten erst kürzlich offenbar geworden. Es geht nun vor allem um westdeutsche Dominanz im Osten, Fehler bei der Wiedervereinigung, fehlende Anerkennung ostdeutscher Leistungen, aber auch um unzulängliche Aufarbeitungen der DDR-Geschichte. Letzteres meint genauer: Die vorhandenen Aufarbeitungen – kein Land der Welt war nach 30 Jahren so intensiv aufgeklärt wie die DDR – seien beim Publikum nicht angekommen.

Daran knüpfen präzisierende Defizitbeschreibungen an: Die Ostdeutschen wollten sich der eigenen Geschichte nicht stellen (Findeis 2019). Auf der einen Seite dominiere mangelnde Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und NS-Geschichte im Osten, auf der anderen Ignoranz und Desinteresse des Westens. So könnten dann auch Ursache und Wirkung verwechselt werden: Die Diktaturlast, nicht die Einheitslast sei für die Probleme hauptverantwortlich (Kegel 2019). 2009 war zum 20. Jubiläum des Umbruchs in der DDR eine Meisterer-

zählung etabliert worden – „die erste erfolgreiche demokratische Revolution in Deutschland“, „von DDR-Bürgern und Bürgerrechtlern“. Doch diese werde aufgrund der nachfolgenden Desillusionierungen und Enttäuschungen inzwischen in Frage gestellt (Harrison 2019).

Die Ostdeutschen seien „noch immer nicht angekommen“, wären in „eine gereifte Demokratie“ gefallen, „wie Semmeln in einen Milchbach“, und der öffentliche Diskurs werde beherrscht von Vereinfachung, Wehmut und Verklärung (Nause 2019). Auch fehle die Erfahrung der kulturellen Durchlüftung, die die 68er in Westdeutschland bewirkt haben. Konkurrierend heißt es: „Seit 30 Jahren wird den Ostdeutschen gesagt, sie hätten die demokratischen Spielregeln nicht verstanden und würden sich benehmen wie Kinder. Wer so etwas über Jahrzehnte zu hören bekommt, wird irgendwann wütend – und wählt auch so“ (Kowalczuk 2019).

Daneben stehen die Beschreibungen der Einheitslasten: fehlende Anerkennung, Wahrnehmung und Repräsentation, diffuse Ängste. In den abgehängten Regionen – abgekoppelt vom ÖPNV, Internet und öffentlichen Einrichtungen – seien die Menschen allein, einsam und fühlten sich überflüssig. „Sie wollen als einzelne wahrgenommen werden, dazugehören und eine sinnvolle Aufgabe übernehmen“ (Schmoll 2019). Der demografische Wandel im ländlich geprägten Raum führe zu wenig jungen Leuten, wenig neuen Ideen und fehlender Vielfalt. Die Überalterung dort sei dramatisch. 2038 droht der Kohleausstieg, und es herrsche Angst vor neuerlichem Arbeitsplatz- und Statusverlust. Man spüre die Wut der Menschen, dass „die da oben“ die letzten gutbezahlten Arbeitsplätze wegnehmen wollten – wie damals die Treuhandanstalt. (Löhr 2019)

All das münde in einen Vertrauensverlust in etablierte Parteien und das politische System. Die AfD berühre mit plumpen DDR-Analogien das Identitätsgefühl der Ostdeutschen, knüpfe an persönliche Lebenserfahrungen und kulturelle Erinnerungsräume an, appelliere an die Erfahrung des Systemumbruchs. Sie bediene eine Sehnsucht nach einer Kümmererpartei. (Bednarz 2019) Insgesamt hätten Pegida und AfD „neue Resonanzräume ostvölkischen Missbehagens geschaffen“ (Dieckmann 2019).

Im Ergebnis spitzen die Debatten dann häufig auf den Gegensatz Demokratievertrauen versus Demokratieskepsis zu: Enttäuschte Erwartungen an die Demokratie zerstörten das Vertrauen in diese Form, ein Gemeinwesen zu organisieren, und das erzeuge die Skepsis, was auch sonst. Dabei allerdings mischen sich in Ostdeutschland solche Ursachen, die für dieses Siedlungsgebiet typisch sind, mit solchen, die für Osteuropa, Deutschland und weltweit gelten.

Zunächst gibt es in Ostdeutschland eine kollektive Wahrnehmung, die in Echoräumen repetiert und bekräftigt wird. Sie baut auf einer übergreifenden gemeinsamen Erfahrung auf, die seit 1990 gemacht wurde und prägend war: Phasen existentieller Verunsicherung hat praktisch jede.r erlebt. Selbst wer nach 1990 gut über die Runden kam, wusste, dass dies zig anonym wirkenden Zufällen zu verdanken war, das heißt: es nicht allein dem eigenen Können und eigener Leistungsbereitschaft zugeschrieben werden kann.

Praktisch jeder erfolgreiche Unternehmer, Unternehmerinnen dito, erinnert sich, mindestens einmal „von einem Wessi“ über den Tisch gezogen worden zu sein. Bürgerrechtler gingen mit einer Art moralischem Führungsanspruch ins vereinte Deutschland, waren aber alsbald an die Seite gedrückt durch westdeutsche Akteure und deren ostdeutsche Günstlinge. Nun sehen sich die Bürgerrechtler nur noch als Zeitzeugen gefragt, die Jahrestage mit Authentizität ausschmücken können. Wer Professorin bleiben konnte, fand sich auf einer C3/W2-Stelle wieder, während auf der C4/W3-Chefposition ein Westdeutscher saß. Wer zuvor eine Fachabteilung in der Stadtverwaltung leitete, wurde nun in der neuen Struktur keineswegs Amtsleiterin, sondern hatte sich mit einem Referat zu begnügen, da man ja eine mit dem westdeutschen Kommunalrecht vertraute Person benötige. Usw. usf. Die Aufbauhilfe des Westens „verstetigte sich zu dauerhafter Führung. Das deckelte die Emanzipation“ (Dieckmann 2019).

Doch auch die harten Fakten des Sozioökonomischen stimmen wenig freudig. Die Wirtschaftsleistung der ostdeutschen Länder verharrt seit einem Jahrzehnt bei drei Viertel des westdeutschen Produktivitätsniveaus. Die soziale Segregation ist im Vergleich fast aller deutschen Regionen im Osten am höchsten. Die Massenabwanderung war höchst selektiv. Die äußerlich Mobilen sind meist auch die innerlich Mobilen, also qualifiziert, aufstiegsorientiert, lebensstiloffen. Indem sie gegangen sind, ging auch die Basis einer stabilen Zivilgesellschaft. Diese selektive Abwanderung hat eine Residualbevölkerung zurückgelassen, die zu großen Teilen unter Prekarisierung, der Erosion sozialer Beziehungen und Bildungsarmut leidet, aber z.B. auch am Aufwachsen ihrer in Westdeutschland lebenden Enkelkinder nicht teilhaben kann.

Das Hartz-IV-Regime hat im Osten zu besonderen Verwerfungen geführt. Der Grundsatz „Fördern und fordern“ passte und passt dort noch weniger als andernorts. Weder fördern noch fordern kann vielfach irgendwo hinführen, weil schlicht die Arbeitsplätze fehlen, auf die solcherart angereizte oder ernötigte Anstrengungen zielen könnten. Dennoch wurden und werden die allgemein bekannten Maßnahmen der Arbeitsagenturen mit bürokratischem Furor durchgezogen. Ein so triviales wie häufiges Beispiel: Wird jemand im Jahr vor dem regulären Renteneintritt arbeitslos, möchte aber noch nicht unter Verlust von Rentenpunkten vorzeitig in den Ruhestand gehen, dann beginnen die Arbeitsagenturen das völlig aussichtslose, aber gesetzeskonforme Programm – Bewerbungen nachweisen, Weiterbildung absolvieren, ‚Wiedereingliederungs‘gespräche, Urlaub genehmigen lassen usw. Die davon Betroffenen fühlen sich mindestens veralbert.

Die Erwartungen an die Politik sind überwiegend gering. In der prototypischen Plattenbausiedlung Halle-Neustadt z.B. erreichten 2014–2019 die Parteien, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen werden – CDU, SPD und FDP –, bei Wahlen nur noch Zustimmungswerte zwischen 30 und 46 Prozent. Dabei kann man geradezu froh sein, dass die Wahlbeteiligungen meist niedrig sind (was sonst als bedauerliche Verabschiedung aus dem demokratischen Prozess gilt). Nehmen wir probeweise an, es gäbe in Deutschland, wie z.B. in Australien oder Belgien, Wahlpflicht: Dann hätte die AfD in einigen Bundesländern die absolute Mehrheit, denn dafür müsste sie nur von etwa der Hälfte der bisherigen Nichtwähler:innen die Stimmen gewinnen. Da es sich bei diesen eher um

frustrierte als fröhliche Menschen handelt, liegt das wohl im Rahmen des realistisch Annehmbaren.

Die Repräsentationslücke, die viele Ostdeutsche empfinden (und die nicht ganz so viele qua AfD-Wahl zu füllen suchen), hat Ursachen, die keineswegs aus der Luft gegriffen sind. Recht anschaulich lässt sich das an einem exemplarischen lokalen und sehr konkreten Vorgang verdeutlichen – dem Neubau des Gimritzer Damms in Halle (Saale):

Ein exemplarischer Vorgang: Der Gimritzer Damm in Halle-Neustadt

Beim letzten großen Saalehochwasser im Juni 2013 erreichte die Saale eine Pegelhöhe von 8,10 Meter. Es bestand die akute Gefahr eines Dammbrochs, womit ein Großteil der Neustadt überschwemmt worden wäre. Der Gimritzer Damm war zu diesem Zeitpunkt 125 Jahre alt. Zahlreiche freiwillige Helfer und professionelle Kräfte waren tage- und nächtelang im Einsatz, um ihn mühevoll zu stabilisieren. Einem weiteren Hochwasser wäre der Damm nicht gewachsen. Potenziell muss etwa zweimal im Jahr mit einem solchen Ereignis gerechnet werden. Es bestand also akute Gefahr. 2020 besteht diese immer noch.

Die Verfahren, um zu einem neuen Damm zu gelangen, sind, so wird man sagen dürfen, etwas langwierig. Das gilt umso mehr, als der Zustand des Gimritzer Damms auch vor dem 2013-Hochwasser nicht unbekannt war. Beim Landesbetrieb für Hochwasserschutz plante man schon geraume Zeit dessen Ertüchtigung. 2019 plant man nach wie vor. Ende 2018 hieß es seitens des Landesbetriebs (was zugleich der aktuelle Stand im Januar 2020 ist):

„Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) plant die Ertüchtigung der Hochwasserschutzanlage und hat die Genehmigungsunterlagen im September 2017 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt zur Planfeststellung eingereicht. Der Plan und die Unterlagen zu den Umweltauswirkungen lagen in der Zeit vom 19.02.2018 bis 19.03.2018 bei der Stadt Halle (Saale), Technisches Rathaus, Hansering 15, Raum 139 zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Der Erörterungstermin fand am 6. September 2018 im Landesverwaltungsamt in Halle (Saale) statt.“ (<http://www.gimritzer-damm.de/>, 17.7.2019)

Angesichts der Langwierigkeit, welche die Vorbereitung des Damm-Neubaus kennzeichnet, mag man dem Vorgehen des Oberbürgermeisters im September 2013 im Nachhinein ein mindestens moralisches Gerechtfertigtsein attestieren: Er hatte „Gefahr im Verzug“ konstatiert, damit die Zuständigkeit für sich reklamiert und den Beginn der Bauvorbereitung für den Damm-Neubau angeordnet. Es folgten Einsprüche des Landesverwaltungsamts und des Landesamts für Hochwasserschutz, Klagen der Stadt gegen die Einsprüche, mehrere Gerichtsentscheidungen gegen die Stadt. Moniert wurden im Laufe der Jahre Kompetenzüberschreitungen, unzulängliche Planungsverfahren, unvollständige Beteiligungsverfahren, fehlende Umweltverträglichkeitsprüfungen usw. Insgesamt: über Jahre hinweg Auseinandersetzungen, die jedenfalls nicht zu einem Damm führten, der seine Aufgabe erfüllt, nämlich die Überflutung der Neustadt zu verhindern.

Man wird konzedieren müssen: Es lief und läuft alles nach herkömmlichen Regeln, mit denen (vermutlich) gut begründete Verfahrensschritte organisiert wurden und werden. Die städtische Öffentlichkeit hatte dabei die Chance, vor allem zwei Sachverhalte wahrzunehmen. Erstens: Die Vorbereitung des Damm-Neubaus erfolgt augenscheinlich sehr gründlich. Zweitens: Eile war und ist dabei aus Sicht der meisten Beteiligten, die die Zuständigkeit ausdrücklich für sich reklamiert hatten, ebenso augenscheinlich nicht direkt geboten. Immerhin: Dass der Damm seit dem letzten Saalehochwasser nicht gebrochen ist, weil er keinem Wasserdruck ausgesetzt war, und somit Halle-Neustadt nicht überschwemmt worden ist, hat man einer gutmütigen Laune der Natur zu verdanken. Seit 2014 hätte es zwölfmal ein Hochwasser geben können.

2013 waren die Auswirkungen des damals befürchteten Dammbrochs in einem Verwaltungsvermerk eindrucksvoll beschrieben worden. Demnach

- „wären in allen fünf Gefährdungsbereichen 7.564 Wohnungen der GWG [Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt, PP] betroffen gewesen (darunter 238 Eigentumswohnungen) – ca. 70 Prozent des Wohnungsbestandes;
- die gesamte Brunnengalerie [eine Wasserpumpenkette, die dauerhaft das unter dem Druck der Saale stehende Grundwasser niedrig hält, PP] wäre ausgefallen, wodurch der Grundwasserpegel gestiegen wäre und zusätzlich den Wasserpegel in allen Gefährdungsbereichen erhöht hätte;

- im gesamten betroffenen Gebiet wären die Energie- und Wasserversorgung abgestellt worden;
- dadurch wären keine Aufzüge mehr gefahren und Ältere sowie gehbehinderte Menschen wären auf Hilfe angewiesen gewesen;
- ca. 15.000 GWG-Mieter hätten ihre Wohnungen verlassen oder unversorgt belegen müssen;
- ohne Strom wären auch Kommunikationsmittel wie Telefon oder Internet nicht mehr nutzbar gewesen; auch Mobiltelefone wären, wenn überhaupt, nicht ohne Störungen nutzbar gewesen (Empfang fragwürdig);
- große und kleinere Baumaßnahmen wären gefährdet gewesen, z.B. der derzeitige Umbau eines Wohngebäudes Am Rennbahnring (ca. 5 Mio. Investitionskosten) oder verschiedene Umbaumaßnahmen zu Familienwohnungen in der Begonienstraße;
- da die Wohnungen dann eine Weile nicht mehr bewohnbar gewesen wären, hätten die Mieter Mietminderungsansprüche stellen können – durchschnittlich wären das 1,9 Mio. Euro pro Monat bzw. 450.000 Euro pro Woche bzw. 61.300 € pro Tag (aktueller Leerstand abgezogen);
- würde die Wiederinbetriebnahme abgestellter technischer Versorgungsanlagen schätzungsweise mehrere Wochen benötigen, da jede Abnahmestelle bis hin zu jeder Wohnung einzeln freigegeben werden muss.²

Die meisten Regeln, nach denen bei einem Investitionsvorhaben zu verfahren ist, sind gesetzt und vor Ort nicht veränderbar. Mitunter gibt es Spielräume bei der Striktheit ihrer Anwendung. In jedem Falle gibt es die Möglichkeit, durch gleichgerichtetes Handeln der lokalen Akteure Landesämter und -ministerien zu beeinflussen und diese so zu schnellerem und zielführenderem Handeln zu bewegen. Stadtrat und Oberbürgermeister agierten in der Angelegenheit Gimritzer Damm allerdings meist gegeneinander. Allen Beteiligten auf kommunaler und Landesebene war eigen, dass sie verfahrensmäßige Korrektheit für ihr jeweiliges Handeln in Anspruch nahmen. Dann jedoch wird man nicht umhin kommen, eines festzuhalten: Administrative Verfahren, die einen Damm, welcher der Gefährdungslage nach seit 2014 dringlichst benötigt wird, 2019 noch nicht stehen lassen, sind offensichtlich weder geeignet, Gefährdungslagen zu bewältigen, noch sich ausbreitender Institutionen- und Verfahrensskepsis entgegenzuwirken.

Nun sind staatliche Verwaltungen und Stadtparlamente immer für zweierlei verantwortlich: erstens konkrete Sachzuständigkeiten angemessen wahrzunehmen und damit, zweitens, Legitimität fürs Ganze zu produzieren. Nimmt man, wofür einiges spricht, die hohen AfD-Zustimmungswerte in Halle-Neustadt als Ausdruck einer verbreiteten Institutionen- und Verfahrensskepsis, so ließe sich hier durchaus die Frage stellen: Wieviel der 28 Prozent AfD-Zustimmung, die bei der Landtagswahl 2016 in Neustadt zustande kam, gehen wohl auf das Verfahren der Damm-Neubau-Vorbereitung zurück?

Auch wenn es so wie in der abschließenden Frage kaum monokausal zurechenbar sein mag – mit der Institutionen- und Verfahrensskepsis verschafft sich ein verbreitetes Gefühl Ausdruck: das, abgehängt zu sein, keinen wirklichen Platz in der neuen Gesellschaft gefunden zu haben, einer Politik und einem administrativen Handeln ausgeliefert zu sein, die konkrete Anliegen der Daseinsvorsorge nicht hinreichend ernst nehmen, kurz: das Gefühl, den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingebettet ist, nicht im Griff zu haben. In diesem Gefühl mischen sich Transformationserfahrungen („Im eigenen Leben nicht mehr mitspielen zu dürfen, ist hart“, Apelt/Zierke 2019) mit aktuellen Wahrnehmungen des Ausgegrenztseins („Integriert doch erst mal uns“, Köpping 2019).

Ein verfestigtes Lebensgefühl der Art, wie es im Osten vorherrscht, mündet auch andernorts häufig nicht in konstruktives Handeln, um die Umstände zu verändern. Typischer sind regressive Reaktionen, etwa die Zustimmung zu einer Partei, die allein aus taktischen Gründen erst seit 2016 den Mindestlohn befürwortet (vgl. AfD 2016: 71). Das kann man bedauern. Legt man eine historische Perspektive an, kann es nicht verwundern, legt man eine soziologische

² Stadt Halle, der Oberbürgermeister: Vermerk: Gimritzer Damm; Gespräch mit Frau Gf Jana Kozyk; Schäden für GWG; Dambruch, 15. August 2013; URL <https://stadtgestaltung.halle.jimdo.com/hochwasserschutzdamm/> (28.4.2019)

an, auch nicht: Populistische Erklärungen erscheinen sofort und unmittelbar einsichtig; ihnen zu folgen, erfordert keinen bedeutsamen individuellen oder kollektiven Ressourceneinsatz. In Ostdeutschland erfahren die Unzufriedenen nun die Wahl der AfD als Empowerment-Erlebnis mit einem grandiosen Verhältnis von geringen Kosten und hohem Nutzen, indem der etablierte Betrieb aufgescheucht wird. Woher kommt das Selbstermächtigungsgefühl? Die Ostdeutschen sind seit 1990 wie unaufgeklärte Kinder behandelt worden, die der fortwährenden Belehrung bedürfen. Damit riskiert man – in sich logisch – infantile, also politisch: regressive Reaktionen.

Dass die Unzufriedenheiten im Osten (noch) weniger als im Westen in positiv gestaltende Energien transformiert werden, muss auch dann nicht verwundern, wenn man sich dreierlei vergegenwärtigt: 1990 ist ein Stück Osteuropa der Bundesrepublik beigetreten – was sich seinerzeit und im folgenden viele nicht klargemacht haben. Die ostdeutschen Entwicklungen weisen bei allen Unterschieden ökonomisch, sozial, politisch und kulturell gewichtige Ähnlichkeiten zu den sonstigen osteuropäischen Entwicklungen auf. Und historisch bestanden vergleichbare Ausgangsbedingungen, die vor allem in Gestalt ähnlicher mentaler Prägungen in die Gegenwart hineinragen.

2. Rechtspopulismus: weltweit, europäisch, deutsch

Nun ist der Rechtspopulismus nicht nur ein ostdeutsches Phänomen. Vielmehr ist global sein Vormarsch zu verzeichnen, besonders heikel dabei die USA wegen ihrer herausgehobenen Rolle im Staatensystem. Die Philippinen, Indien, Argentinien oder Brasilien sind weitere Fälle. In einer Reihe von Ländern gibt es zudem eine beachtenswerte Besonderheit: Rechtspopulistische Triumphe folgten auf vorangegangene – ggf. aber auch wiederkehrende – Triumphe des Linkspopulismus. Dafür stehen etwa die Regierungswechsel in Argentinien oder Brasilien, in Europa der in Tschechien.

Der rechtspopulismuskritische Blick auf Europa unterscheidet gern zwischen Ost- und Westeuropa. Ist das gerechtfertigt? In der Tat ist Rechtspopulismus in Osteuropa ein Normalfall: Acht Ländern mit politisch relevanten Rechtspopulisten (Russland, Estland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) stehen fünf Länder ohne prägende Rollen rechtspopulistischer Parteien gegenüber (Kroatien, Lettland, Litauen, Moldau, Slowenien³). Das ergibt ein prozentuales Verhältnis von 62 : 38.

Vernachlässigt man die Kleinstaaten wie Liechtenstein oder Andorra, so erweist sich der Rechtspopulismus aber auch in Westeuropa mittlerweile als Normalfall, und zwar noch stärker. Relevante rechtspopulistische Bewegungen und Parteien gibt es in Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, in Norwegen, der Schweiz, in Österreich, Schweden und Spanien. Diese 15 Staaten sind der Normalfall, da es nur fünf Länder gibt, in denen Rechtspopulisten keine be-

³ wobei hier unberücksichtigt bleibt, inwiefern entsprechende Stimmungen nur dadurch zu keiner eigenständigen Repräsentation gelangen, weil sie seitens der halbwegs demokratischen Parteien aufgenommen werden

deutsame Rolle spielen: Irland, Island, Malta, Zypern, Portugal. Das prozentuale Verhältnis von westeuropäischen Ländern mit und ohne politisch relevante Rechtspopulisten beträgt 75 : 25.

Deutschland galt lange als relativ abwehrfähig gegenüber rechtspopulistischen Stimmungen, jedenfalls was deren parteipolitische Repräsentanz betraf. Zwar stellte der traditionelle Rechtsextremismus in Gestalt von NPD, Republikanern und DVU seit den 60er Jahren immer einmal wieder eine Anfechtung dar, wenn seine Parteien in Landesparlamente einzogen. Doch zerlegten sie sich dort regelmäßig selbst, was zugleich heißt: Sie wurden weniger von den konkurrierenden politischen Angeboten erledigt.

Auch in Deutschland wird, durchaus mit Gründen, zwischen West und Ost unterschieden. In Bezug auf Westdeutschland mag sich aber auch eine Frage stellen: Ist die über Jahrzehnte hin geringere Anfälligkeit für rechtspopulistische Stimmungen Ausdruck von demokratischer Stabilität, wie vielfach angenommen, oder eher von Sättigung? Eine Gegenthese könnte sein: Es erleichtert die Unterdrückung von Ressentiments, wenn die Gelassenheit, die eigenen Vorurteile Vorurteile sein zu lassen, durch Wohlstand gratifiziert wird. Ein hypothetisches Beispiel, um die Sache plastischer vor Augen zu führen:

Eine Fantasie: Systemwechsel in Bayern

Nehmen wir einmal an, es wäre 1989 die Meinung mehrheitsfähig geworden, auch in Bayern sei ein Systemwechsel erforderlich. Die jahrzehntelange Kaperung des öffentlichen Lebens durch CSU und Bayernkurier, deren Vorfeldorganisationen wie Trachten- und Jagdvereine, die Bündnisse des soeben verstorbenen Ministerpräsidenten Strauß mit Diktatoren aller Art, von Pinochet bis Honcker – all das erfordere eine grundlegende Erneuerung. „Wir werden dort eine Wende einleiten“, verkündete folgerichtig der Bundeskanzler.

Dazu müsse Bayern auf seine ursprüngliche Kernkompetenz zurückgeführt werden, also die Landwirtschaft, zumal ein Großteil seiner Industrie nur durch Subventionen und politische Patronage überlebensfähig sei. Die anderen Bundesländer verständigten sich also auf eine Treuhandanstalt, die der Konkurrenz aus Baden-Württemberg und Niedersachsen den Zugriff auf die Anlagen organisieren soll – gesagt wird: die solche Arbeitsplätze sichern werde, die auch ohne Subventionen funktionieren. Eine konsequente Erneuerung sei ebenso bei den politischen, Verwaltungs-, juristischen und kulturellen Eliten vonnöten. Dafür käme vor allem preußisches Personal infrage, da zeitgleich im Osten freigesetzt, also verfügbar, daneben auch ein paar Nordwestdeutsche mit steckengebliebener Karriere, aber nur, sofern sie protestantisch seien. Von den Einheimischen verwendbar sei allenfalls Gerhard Polt, da schon immer im inneren Exil, nun wohl geeignet als Kultusminister. Symbolische Erneuerung tue ebenso not, weshalb die Kreuzfixe in den öffentlichen Einrichtungen abgenommen gehörten, um auch die bayrischen Landstriche endlich am Zeitalter der säkularen Aufklärung teilhaben zu lassen. Auch der selbstverleihe Titel „Freistaat“ werde wohl den Wandel nicht überleben können, zumal er ohnehin anmaßend sei, denn die anderen Bundesländer seien ja wohl keine Unfreistaaten.

Frage: Welche Stimmung herrschte unter diesen Bedingungen – deindustrialisiert, zwangssäkularisiert, vorwiegend durch Preußen regiert und verwaltet, symbolisch entkernt – heute wohl in Bayern? These: Womöglich eine Situation wie in Ostdeutschland.

3. Die Reaktionen der aufgeklärten Milieus: Gefangensein im Bestehenden

Die allgemeinen Erklärungen für die weltweite rechtspopulistische Epidemie, wie sie das journalistische Kommentariat formuliert, sind vier:

- die Entgrenzungen, welche die Globalisierung mit sich bringt und auf die mit Renationalisierung reagiert werde;
- die Entgrenzungen, welche mit der Digitalisierung einhergehen;
- die Neoliberalisierung mit ihren Zumutungen atemloser Wettbewerblichkeit, Leistungsverdichtung, Unplanbarkeit von Lebensläufen und dem Rückzug des Staates aus Versorgungs- und Vorsorgeaufgaben;
- die Wahrnehmung einer Aussichtslosigkeit, den Klimawandel noch in den Griff bekommen zu können – wobei dann nicht wenige zu ihrer Entlastung dazu übergehen, den Vorgang für nichtexistent oder jedenfalls nicht anthropogen zu erklären, im übrigen auf die statistische Irrelevanz individuellen Handelns verweisen, und im nächsten Selbstentlastungsschritt ist man dann bei „Klimahysterie“.

Bei den politischen Akteuren sind es aber vor allem ökonomische und soziale Differenzen, die als Ursachen ausgemacht werden. Das versteht sich nicht ganz von selbst, da es z.B. den typischen AfD-Wähler nicht gibt. Neben denen, die sich als abgehängt wahrnehmen und es nach allen verfügbaren Kriterien zum großen Teil auch sind, wird die AfD vor allem im Westteil des Landes wesentlich von Gutverdienern mit gehobenem Bildungsdurchschnitt und Orientierung an immateriellen Begriffen wie Identität, Heimat, Abendland und Gemeinschaft gewählt (Lehming 2019).

Geradezu tragisch wirkt die Reaktion der SPD: Sie nutzt all ihre Regierungsbeteiligungen seit 2005, um Umverteilungen zu organisieren (mithin die Agenda 2010 zu überschreiben), und ist voller Ratlosigkeit darüber, dass im Ergebnis ihre Zustimmungswerte beständig abnehmen. Dies könnte daran liegen, dass ein Politikangebot über Umverteilungen, also materielle Sozialpolitik, hinausgehen muss – ein Gedanke, der in den sozialdemokratischen Debatten nicht vorkommt (es sei denn, man wolle die Willy-Brandt-Nostalgie, die wesentlich auf ein Vergessenmachen der beiden nachfolgenden SPD-Kanzler zielt, als indirekten Hinweis darauf nehmen – dieser aber wäre dann noch etwas allzusehr indirekt).

Quer zu den ökonomischen und sozialen Differenzen liegen solche zwischen kulturell definierten Milieus. Die verschiedenen Differenzen sind durchaus miteinander verwoben, gehen aber nicht ineinander auf. So führt z.B. die verbreitete Prekarität in den Lebensverhältnissen Kreativer und halbkreativer akademisierter Dienstleister nicht zu deren Selbstidentifizierung als entfremdet tätig und ausgebeutet. Das kann verwundern, da sich diese Milieus als aufgeklärt verstehen. Doch ihr Selbstverständnis äußert sich eher in der verbreiteten Neigung, Demokratie für selbsterklärend (und daneben das deutsche Modell für universal) zu halten. So werden Lebensstilunterschiede zu politischen Differenzen stilisiert.

Die weniger reflexiven Milieus dagegen haben (in West wie Ost) mit der AfD eine Chance entdeckt, den etablierten Betrieb wirksam zu ärgern. Das ist nicht zuletzt an der beträchtlichen Zahl von Wähler:innen erkennbar, die sich zuvor qua Wahlverweigerung bereits aus dem politischen Prozess verabschiedet hatte. Deren Unzufriedenheiten sind allerdings durchaus unterschiedlicher Art, was auf eine Neuigkeit verweist: Der alte Rechtspopulismus, der als glasklarer Rechtsradikalismus auftrat, baute vor allem auf Abspaltungen all dessen auf, was als „nicht normal“, also einer definierten Norm widersprechend galt. Doch bereits in den 90er Jahren trat im jugendkulturellen Neonazismus eine Wende ein, als dieser sich kulturelle Codes und Lebensstilcharakteristika der Antifa und Autonomen aneignete. Die AfD kultiviert ähnliches: Sie ist, so erstaunlich es auf den ersten Blick sein mag, integrativ, insofern sie die Grenzen anders zieht.

Eine lesbische Parteivorsitzende, eine AG „Juden in der AfD“, Spätaussiedler aus der Sowjetunion als wichtiges Wählerklientel – all das findet seinen Platz neben Deutschnationalen, Rechtsextremen und Islamfeinden, die wiederum abgepuffert werden durch Rechtskonservative und Islamismuskritiker. Der neue Rechtspopulismus lebt ebenso von der Ausgrenzung wie der Integration. Zugunsten der Stärkung einer primären Abgrenzung gegenüber „Fremden“ werden früher gültige weitere, gleichsam sekundäre Abgrenzungen suspendiert. Die Wählerschaft goutiert das, indem sie vor allem das Antisystemische würdigt. Hierin treffen sich die Empfängerin von Hartz IV und der Kritiker solch unglaublich üppiger Sozialleistungen.

Neben aktivierbaren Vorurteilen hat das vor allem eine Ursache: Es gibt eine Repräsentationslücke nicht nur für regressive, sondern auch für solche Anliegen, die berechtigt empören. Ost-West ist bei all dem nur ein Teil der Frakturen. Diese sind auch nicht wirklich neu, werden auf der Ost-West-Folie nur besonders sichtbar: Es geht durchaus auch um soziale Schichtung, aber daneben um Stadt – Land, alt – jung, mobil – immobil, traditional versus aufgeschlossen. Einige Beispiele aus ganz unterschiedlichen Bereichen mögen illustrieren, warum solche Frakturen auch das angesprochene berechtigte Empörungspotenzial bergen:

■ **Der symbolische Webfehler von Hartz IV:** Die unüberbrückbar gewordenen Differenzen zwischen aufgeklärten und nichtreflexiven Milieus sind vor allem in der neoliberalen Entwicklung seit den 90er Jahren erkennbar geworden, und dies exemplarisch verdichtet in Hartz IV. Der heutige Rechtspopulismus in Deutschland entfaltet beträchtliche Bindewirkungen unter anderem in Milieus, deren Angehörige sich vor allem über herkömmliche industriegesellschaftliche Arbeit definieren und vormals christsozialdemokratisch wählten. Doch wird die Erklärung dessen nicht in Verbindung gesetzt zu den *symbolischen* Auswirkungen der Hartz-IV-Reform. Diese bestehen in der durch die Reform erzeugten latenten Gefährdung jeglicher Ressourcen an individueller Anerkennung, Selbstwirksamkeitserwartung und Sozialprestige, die individuell durch Arbeit und Qualifikation akkumuliert worden sind: Wer unverschuldet seinen Job als Ingenieur verliert und wegen Haus und Familie nicht hinreichend mobil ist, findet sich ein Jahr danach am unteren Ende der sozialen Hierarchie wieder. Da die Erklärung der Hartz-IV-Verwerfungen genau dazu nicht durchdringt, wird selbst dann, wenn die Reform repariert werden soll, allenfalls über mehr finanzielle Großzügigkeiten ver-

handelt, nicht aber über den symbolischen Webfehler der Reform, der folglich auch nicht behoben wird.

Hartz IV war übrigens auch ein Versagen des deutschen Hochschulsystems, und zwar in seiner mittlerweile häufig etwas zu idealisiert beschriebenen Vor-Bologna-Variante. Denn wo waren die vielen Magisterabsolvent:innen der Politikwissenschaft, Germanistik, Soziologie usw. untergekommen, nachdem sie durchschnittlich sieben Jahre im Studium dekonstruiert, strukturalisiert, poststrukturalisiert, kritisch Herrschaftsverhältnisse analysiert, soziale Konstruktionen entlarvt und Diskurse decodiert hatten? Zu wesentlichen Teilen in den Apparaten des Politikmanagements, den parteieigenen Think Tanks und den medialen Vorfeldorganisationen des Politikbetriebs, also z.B. im Willy-Brandt-Haus oder in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gewiss jede:r zweite von ihnen wird irgendwann in einer Hausarbeit ausführlich dargelegt haben, dass es eine bedeutsame Werteverstärkung hin zum Postmaterialismus gebe, also u.a. zu Anerkennungsbedürfnissen. Doch als „der Standort“ in Gefahr schien, die Sozialdemokratie zu seiner Rettung antrat und aus den Think Tanks die Konzepte zuzuliefern waren, fiel ihnen von ihrer Foucault-Lektüre nur noch der Titel ein: Überwachen und Strafen.

■ **Administrative Bewältigung von Gefährdungslagen:** Anknüpfend an das oben geschilderte Beispiel des Gimritzer Damms in Halle (Saale): Administrative Verfahren, die einen Damm, welcher der Gefährdungslage nach seit 2014 dringlichst benötigt wird, 2020 noch nicht stehen lassen, sind offensichtlich nicht geeignet, Gefährdungslagen zu bewältigen. Und ordnet man dies in den größeren Zusammenhang ein, wie Städte Klimawandelresilienz erlangen können, so wird man auch sagen können: Mit solchen Regeln wird es kaum gelingen, Städte klimawandelfest zu gestalten.

■ **Hochschule in einer Plattenbausiedlung:** 1998 war die Alice-Salomon-Hochschule, zuvor in Berlin-Schöneberg ansässig, gegen ihren Willen nach Berlin-Hellersdorf verlagert worden, also in ein Ost-Berliner Plattenbauviertel. Lokale Wirkungen und milieubedingte Differenzen werden hier gut sichtbar. Seit 2008 gibt es ein „Kooperationsforum Alice Salomon Hochschule – Bezirk Marzahn-Hellersdorf“, in dem zahlreiche Projekte realisiert werden, vor allem solche, die sich auf bezirkliche Probleme beziehen: Jugendliche in Marzahn-Hellersdorf oder sozialräumliche Demokratieentwicklung im Bezirk sind zwei der zahlreichen Themen (vgl. etwa Stapf Finé 2019). Der Bezirk profitiert damit von der Expertise der sozialarbeiterisch orientierten Hochschule.

Zugleich aber wird auch deutlich, dass der Brückenschlag zwischen den Welten von Stadtbezirk und Hochschule nicht immer gelingt. So strahlte seit 2011 mit dem Eugen-Gomringer-Gedicht „avenidas“, auf eine Giebelwand des Hochschulgebäudes aufgetragen, ein spanischsprachiger Text in eine Umgebung aus, deren Mehrheitsbevölkerung des Spanischen nicht mächtig ist. (Dieser Aspekt spielte auch in der Debatte über das sexistisch interpretierbare und schließlich überschriebene Gedicht keine Rolle.) Übergroß und vom oberirdischen U-Bahnsteig aus auch nicht ignorierbar sahen die Hellersdorfer tagtäglich einen Text, der ihnen vor allem eines mitteilte: Wir jedenfalls sind damit nicht gemeint, denn wir können es nicht verstehen. Als Einladung wird die ansässige Einwohnerschaft diese Giebelwandgestaltung folglich kaum wahrgenommen haben können. An diesem Beispiel zeigen sich aber nicht nur

Milieudifferenzen, sondern mehr noch und dramatischer: Ein Milieu, das unter anderem mit Milieutheorie gut ausgestattet ist, bemerkt genau diese Differenzen keineswegs zwingend.

■ **Emanzipatorische Identitätspolitik:** Das Gendersternchen soll auf sprachlicher Ebene Heterogenität abbilden. Diese Heterogenität, meist unter Diversity verhandelt, bezieht zwar diejenigen ein, die bisher aus gesellschaftlichen Wahrnehmungen ausgeschlossen waren. Aber zugleich schließt sie diejenigen aus, die bisher die Wahrnehmungen dominierten. Anders gesagt: Minoritäten werden sichtbar gemacht um den Preis, dass majoritäre Gruppen unsichtbar (gemacht) werden. So berechtigt das eine ist – es muss möglich sein, angstfrei anders zu sein –, so fragwürdig ist das andere.

Die groben Polarisierungen, die hier vorgenommen werden, haben selbstredend einen wohlbedachten Zweck, nämlich Dilemmata sichtbar zu machen. Es ließe sich durchaus einwenden, dass keineswegs bestimmte Ungleichheitsmechanismen unter den Tisch fielen, denn heute würden Rassismus, Sexismus und Klassismus als drei gleichgewichtige Konzepte zur Aufdeckung von Diskriminierungen eingesetzt. Die Debatte über intersektionelle Diskriminierungen führe dies auch zusammen und erweitere es zugleich um bisher unbeachtete Benachteiligungsmechanismen und Stereotypisierungen (Behindertenfeindlichkeit, Altersdiskriminierung u.v.a.). Doch enthält dies einen blinden Punkt: die Diskriminierung aufgrund einer dichotomen Markierung von Milieus als kulturell traditionell und kulturell modern. Sie äußert sich wesentlich darin, dass den traditional orientierten Milieus zum (meist impliziten) Vorwurf gemacht wird, die ‚eigentlichen‘ Diskriminierungen nicht zu sehen. Wenn etwa eine Arbeiterbewegung nicht begreife, dass sie eine Arbeiter*innenbewegung zu sein habe, dann verwerke sie Solidarisierungsansprüche.

Der Marsch durch die Institutionen findet so seine Vollendung darin, dass die Sprache als das einzige Instrument der Emanzipation, das den reflexiven Milieus zur unmittelbaren Verfügung steht, zum Mittel wird, mit dem sich noch realistische Selbstwirksamkeitserwartungen verbinden lassen. Darin äußert sich auf spezifische Weise eine Abweisung der Zumutungen von Ambivalenzen und Ambiguitäten, wie sie die moderne Gesellschaft seit der frühen Neuzeit produziert – hier auf dem Wege der gleichzeitigen Steigerung und Reduktion von Komplexität durch sprachliche Konventionen, d.h. Vereinfachungen durch Diskursnormierungen, die Wahrnehmungshaltungen ändern sollen. Doch die weniger reflexionsgeneigten Milieus reagieren mit der Abweisung von Komplexität. Das befeuert aber nur um so stärker die diskurspolizeilichen Anstrengungen, indem Sprachregelungen im Namen der Emanzipation verbindlich gemacht werden sollen.

Dahinter steht letztlich der Universalismus der Menschenrechte. Dieser hat jenseits der politischen Bewegungen, die ihn überindividuell stabilisieren, bislang immer nur unter einer Bedingung eine Chance gehabt (auch wenn man sich anderes wünschen mag): dann, wenn er mit der Wahrnehmung verbunden war, grosso modo, als unterm Strich gesellschaftlichen Mehrheiten nützlich zu sein. Nun aber ist die universalistische Komponente versteckt hinter der identitätspolitischen – und das heißt immer auch: differenzpolitischen – Belehrung darüber, dass Minderheiten Akzeptanzrechte haben. Das macht ihn zu einem Universalismus, der als Partikularismus erscheint. Dieser wird genutzt, um tatsächlich partikularistisch begründete Identitätspolitik als akzeptable Gegenpositionen erscheinen zu lassen – „Wir im

Osten“, Renationalisierung in ganz Europa, Fremdenfeindlichkeit, in der AfD-Variante ethnopluralistisch verpackt.

■ **Der öffentlich-rechtliche Rundfunk:** Zu beobachten ist, dass die öffentlich-rechtlichen Sender auf ihre (unerkannt existentielle) Legitimationskrise nicht mit einem Strukturumbau zu reagieren vermögen, sondern allein mit fortlaufenden Forderungen nach erhöhten Rundfunkbeiträgen zur Finanzierung von Leistungsausweitungen, um dem (unerkannt in der Krise befindlichen) Informationsauftrag „noch besser“ gerecht werden zu können. Sind dann die erhöhten Beitragseinnahmen da, finden sie sich vor allem dafür verwendet, der Zuschauerabwanderung (die unerkannterweise nicht zuletzt dem veränderten Mediennutzungsverhalten geschuldet ist) durch die Zuspitzung des Ähnlichkeitswettbewerbes mit privaten TV-Anbietern zu begegnen. Der vorgeschützte Informationsauftrag wird mithin sofort wieder aus dem Auge verloren. Dabei wird hier aber zumindest ein Kommunikationsproblem gesehen. Doch versucht man, dieses durch die Schulung und Verpflichtung des Personals auf eine groß angelegte Zuschauermanipulation durch Framing von Putinscher Qualität zu bearbeiten: Die neue Sprachregelung soll lauten „Unser gemeinsamer, freier Rundfunk“ und „die ARD ist die Gesellschaft: Wir sind Ihr!“ (Berkeley International Framing Institute o.J.: 1, 27).

■ **Die EU-Kommission:** Der Brexit z.B. – verstanden nicht nur als retronationalistische Anwendung einer eigensinnigen Inselbevölkerung, sondern auch als Warnschuss vor den Bug der europäischen Instanzen – hat nach immerhin vier Jahren noch keine Ideen für eine veränderte oder zumindest anders kommunizierte Union nach sich gezogen. Stattdessen verordnete Kommissionschef Juncker bei seinem Amtsantritt den EU-Kommissar:innen „Bürgerdialoge“. 1.700 sind es dann geworden. Von einer Auswertung war nichts zu vernehmen (vgl. die eindrucksvolle Leere der Website <http://www.eu-bürgerdialog.de/>, 3.1.2020). Die Kommissare hatten sich darauf konzentriert, den Bürger:innen die Kompliziertheiten des Brüsseler Betriebs zu erläutern. Wirksamer bleibt so die Wahrnehmung derjenigen, die die EU im Alltag erleben, z.B. als Empfänger von Fördermitteln. Wer sich mit Bürgermeisterinnen und Landräten unterhält, bekommt selten die segensreichen Wirkungen der europäischen Geldflüsse berichtet, sondern immer wieder eines: die unglaubliche Fördermittelbürokratie. Und diese Gesprächspartner sind allesamt Multiplikatoren – auch für das Image der Europäischen Union auf lokaler Ebene.

■ **Die Kommunikation von Kunstmuseen und -ausstellungshäusern:** Die Museumskommunikation an sich hat in den letzten Jahrzehnten bedeutende Fortschritte gemacht. Unter dem Druck, ein Publikum immer wieder neu gewinnen zu müssen, ist Museumspädagogik zum Standard geworden, ebenso die Herangehensweise, in der Außenkommunikation vom (potenziellen) Besucher her zu denken. Die große Ausnahme davon sind bis heute Kunstmuseen. Nicole Zepter zitiert gallig die Erklärung einer Leinwand, die eine Holzhütte im Wald zeigt: „... innerhalb des Abstrakten eine dürre Landschaft erblüht und eine explizite Zeichensetzung die Darstellung mit allegorischen Referenzen anfüllt, die zum Beispiel auf Gewalt, eine entfremdete und emotional losgelöste Jugend, die Psychoanalyse, Träume oder die Philosophie der Frankfurter Schule (Fromm, Adorno) sowie das Unheimliche anspielen“. Man frage sich, so Zepter (2017: 14), wie viel Dummheit und Arroganz hinter solchen Worthülsen stecken müsse. Es wird ein Kuratorenjargon gepflegt, der nur im Kunstmilieu Akzeptanz fin-

det (wenngleich das wohl nicht zwingend damit einhergeht, dass er dort auch verstanden wird). Wer diesem Milieu nicht angehört, hat keine Chance – bis auf eine, wenn das betreffende Haus eine rührige Museumspädagogik hat: Bietet der Audioguide zwei Tonspuren, nämlich auch eine für Kinder, dann lässt sich immer wieder beobachten, wie Besucherpärchen sich auf den Kinderstream aufmerksam machen: „Drück mal da, da versteht man viel mehr von den Bildern!“

Bei diesen Beispielen geht es nicht um Systematik. Es geht darum, aufzuzeigen, dass es entscheidenden Akteuren und Analytikern nicht gelingt, ihre denksystemischen und milieuspezifischen Beschränkungen zu überschreiten. Sie sind gefangen in den Routinen genau jenes Betriebs, der auf dem ‚besten‘ Wege ist, allen Beteiligten um die Ohren zu fliegen. Die herkömmlichen Erklärungen der rechtspopulistischen Mobilisierung – Globalisierung, Digitalisierung, bei Neigung zur Systemkritik auch Neoliberalisierung – sind hierbei zu abstrakt. Doch auch die konkretisierenden Erklärungen führen nur bedingt weiter.

Da werden immer wieder genannt: die Einwanderungspolitik, Überforderungen von und durch die Demokratie, Erosionen des etablierten Parteiensystems, in Deutschland vor allem am Erscheinungsbild der sog. großen Koalition festgemacht, daneben an der Misere der SPD, zerstrittenen Lagern und der Wahrnehmung politischer Kontrollverluste. Hinzu treten die unverstandene europäische Integration und die Intransigenz der EU, die städtische Zentralisierung mit paralleler Schwächung des ländlichen Raumes, eine Politisierung der Judikative und, herausgehoben, die Rolle der Medien: Deren Berichterstattung folge der Aufmerksamkeitsökonomie, d.h. wer am lautesten provoziert, bekomme die Aufmerksamkeit. So entstehe eine Verzerrung in der Berichterstattung, würden Klischees gefördert produziert und reproduziert. Die politische Willensbildung habe sich zudem ins Netz verlagert, wo sich eine Verrohung der Kommunikationssitten ereigne und sachkundige Debatten benachteiligt würden. Schließlich wird die Ablehnung einer ideologischen Vorherrschaft der 68er genannt. Insgesamt: Die heutige Gesellschaft lebe in „Informations-, Meinungs- und Kommunikationsblasen ..., in denen nur noch erfahren, ausgedrückt und ausgetauscht wird, was zur eigenen Identität passt“ (Schlink 2019).

All dies trifft nicht präzise genug die alltagsweltlichen Erfahrungen, die in ganz anderer Weise konkreter sind: Den Bürger.innen begegnet Bürokratisierung als Amtshandeln und in Gestalt schwer verständlicher amtlicher Briefe und Formulare. Ihnen nicht nachvollziehbar bleiben Verrechtlichungen zwingen die Sozialämter zu Sanktionen oder nötigen Internetnutzer dazu, zigmal pro Tag Cookie-Hinweise wegzuklicken. Auch der Sinn eines Datenschutzes bleibt unklar, wenn er zwar vermeintlich die Internetgiganten disziplinieren soll, im Alltag aber als Anforderung ankommt, nun die mühsam aufgebaute Homepage des Heimatvereins zum Thema „50 Jahre Dorffest“ abschalten zu müssen, weil man nicht alle auf den Fotos Abgebildeten um ihr Einverständnis bitten kann, und im übrigen die behördliche Auskunft auf die Frage, was man denn nun gemäß der unklar formulierten Regelungen dürfe und was nicht, lautet, man müsse erst die Deutung der DSGVO durch die Rechtsprechung abwarten.

Manchem mag so etwas je für sich genommen als Trivialität erscheinen. Doch verdichten sich solche alltagsweltlichen Plagen zu einer heiklen Wahrnehmung: Die Akteure, Prozeduren und Strukturen – in und trotz all ihrer Vielgestaltigkeit – seien offenbar Teil eines großen Zusammenhangs der Abstrusitäten. Das macht die rechtspopulistische Rede vom „System“ so plausibel wie erfolgreich.

Soweit das rechtspopulistische Wahlangebot angenommen wird, verbirgt sich dann dahinter wesentlich Institutionen- und Verfahrens skepsis – die auf eine regressive Weise zum Ausdruck gebracht wird. Eine verbreitete Komplexitätsabwehr, die in Demokratiemisstrauen mündet, resultiert aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen ist: Man habe auf den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, keinen Einfluss.

Nun lässt sich beispielhaft anschauen, was in der öffentlichen Debatte empfohlen wird, um den Osten gegen den Rechtspopulismus stärker zu immunisieren: Gegen die Verklärung und Vereinfachung der DDR-Geschichte incl. Mythenbildung brauche es mehr zeitgeschichtliche Aufklärung (Kaiser 2019). Die Ostdeutschen müssten sich ihrer Geschichte stellen, wie es ebenso eine Verständigung über ein Ost-West-gemeinsames Narrativ und -Selbstverständnis brauche (Kegel 2019). Die Methode der Populismusbekämpfung sei „Reden bis zum Umfallen“ (Machowecz 2019). Fördermittel für Demokratieprojekte müssten erhöht und unbürokratische Antragsverfahren auch für Ehrenamtliche etabliert werden, denn die Projektförderung im Programm „Demokratie leben“ sei sehr bürokratisch (Schmoll 2019).

Die aufgeklärten Milieus sehen also nur zwei Wege: Aufklärung und, siehe oben, materielle Interessen befriedigen – die symbolischen, d.h. Anerkennungsaspekte hingegen kommen nicht vor, das Gefühl, den Zusammenhang, in den das je eigene Leben gestellt ist, nicht mehr im Griff zu haben, ebensowenig.

Und hier sollte man dann tatsächlich an die DDR erinnern. Viele Angehörige ihrer systemtragenden Gruppen im politischen Apparat und in der Wissenschaft waren durchaus beunruhigt über die Entwicklungen und die Verknöcherungen, vor allem in den 80er Jahren. Doch sie folgten bis zum letzten Tag des DDR-Systems der Grundannahme, dass sich trotz aller Probleme wieder ‚gesetzmäßig‘ durchsetzen werde, was historisch den Fortschritt verkörpere: der Sozialismus. Die Option eines Zusammenbruchs des Systems blieb denkunmöglich. Das war einerseits eine Gemeinsamkeit mit den damaligen Analytikern des Ostens im Westen. Andererseits offenbarte sich darin ein Muster, das auch in der Gegenwart wieder zu beobachten ist – nun allerdings unter Umständen, die dem freien Denken weitaus günstiger sind.

Vergegenwärtigt man sich die oben genannten Beispiele des Gefangenseins im Bestehenden, die unter Bedingungen abwesender Repression produziert werden, dann erscheint es recht wenig überraschend, dass die Kopfarbeiterklasse der DDR mit ihrem Denken bis zum Schluss in den Grenzen des Systems verblieb. Denn deren Möglichkeiten, innere Grenzen zu überschreiten, waren ja durch die äußeren Umstände weit ungünstiger, als es die heutigen sind. Anschließend trat dort das zuvor Undenkbare ein: Der Sozialismus trat ab. Das kann angesichts der anhaltenden Lebendigkeit des Musters auch eine Botschaft für Gegenwart und Zukunft sein. Wenn der heutige Rechtspopulismus ein Problem sein sollte, das auch Chancen

birgt, dann wohl vor allem diese eine: das Gefangensein im Bestehenden zu überwinden. Dazu müssten allerdings diejenigen etwas aus der DDR-Geschichte lernen, die häufig „Entscheider“ genannt werden, auch wenn die Bezeichnung nicht immer zutrifft, und diejenigen, die das Entscheiden durch Analysen und Konzeptionen vorbereiten. Andernfalls wird es in dieser Hinsicht wohl laufen wie am Ende in und mit der DDR.

Literatur

- AfD, Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin; URL https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (12.7.2019).
- Apelt, Maja/Irene Zierke (2019): „Im eigenen Leben nicht mehr mitspielen zu dürfen, ist hart.“ Wirkungen der Umgestaltung an einer ostdeutschen Hochschule“, in: Deutschland Archiv, 29.5.2019, URL www.bpb.de/292891 (2.6.2019).
- Bednarz, Liane (2019): Die AfD als „Vollenderin“ der friedlichen Revolution?, in: Tagesspiegel, 4.8.2019, S. 19.
- Berkeley International Framing Institute (o.J. [2016]): Framing Manual. Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD, o.O. [Berlin]; URL https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/02/framing_gutachten_ard.pdf (15.8.2019).
- Dieckmann, Christoph (2019): Seelenkluft der Revolutionäre, in: Die Zeit, 10.10.2019, S. 22.
- Findeis, Hagen (2019): Dreißig Jahre friedliche Revolution und keiner geht hin, in: F.A.Z., 3.10.2019.
- Harrison, Hope M. (2019): Meisterzhlung mit Leerstellen, in: F.A.Z., 19.9.2019, S. 11.
- Kaiser, Stephan (2019): Das Leben der Anderen, F.A.Z., 30.9.2019, S. 5.
- Kegel, Sandra (2019): Unser Schmerz, euer Schweigen, in: F.A.Z., 3.9.2019, S. 11.
- Köpping, Petra (2019): Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Wir brauchen kein betreutes Denken!, in: Die Zeit, 12.9.2019, S. 16f.
- Lehming, Malte (2019): Uns geht’s zu gut, in: F.A.S., 4.8.2019.
- Lhr, Julia: Zerrissen, in: F.A.Z., 3.8.2019, S. 19.
- Machowecz, Martin (2019): Der Populismus will ans Ruder, in: Die Zeit, 26.9.2019, S. 19.
- Nause, Tanja (2019): Kein schöner Land, in: F.A.Z., 30.9.2019, S. 13.
- Schmoll, Heike (2019): Aus nächster Nähe, in: F.A.Z., 26.8.2019, S. 3.
- Schlink, Bernhard (2019): Der Preis der Enge, in: F.A.Z., 31.7.2019, S. 8.
- Stapf Fin, Heinz (Hg.) (2019): Demokratienhe und -distanz. Das Forschungsprojekt Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune, Logos Verlag, Berlin.
- Zepter, Nicole (2017): Kunst hassen. Eine enttäuschte Liebe, Tropen Sachbuch, Stuttgart.

Autor

Prof. Dr. Peer Pasternack, Jg. 1963, aufgewachsen in Halle-Neustadt. Fahrzeugschlosserlehre und sechs Jahre Berufskraftfahrer, zweiter Bildungsweg. 1994 Diplom (Politikwissenschaft, Universität Leipzig), 1998 Promotion (FB Pädagogik, Universität Oldenburg), 2005 Habilitation (Soziologie, Universität Kassel). 1989-1995 Studentensprecher der Universität Leipzig und Sprecher der ostdeutschen Konferenz der StudentInnenenschaften. Seit 1996 am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2002-2003 Staatssekretär für Wissenschaft im Senat von Berlin. Seit 2004 Forschungsdirektor bzw. Direktor des HoF. Lehrveranstaltungen am Institut für Soziologie der Universität Halle. Seit 2015 Sprecher der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulpolitikanalyse, Hochschulorganisation, Bildung und Wissenschaft in demografisch herausgeforderten Regionen, Wissenschaftszeitgeschichte. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>